Beschlussvorlage Nr. 159-II-2015

Sitzung/Gremium Stadtrat Bau- und Vergabeausschuss	Termin 11.06.2015 19.05.2015	Status öffentlich öffentlich
--	------------------------------------	------------------------------------

Vorbereitung durch die Verwaltung:

Federführendes Amt: Fachbereich II/Team Bauen

**Betr.: B-Plan "Ehemalige Zuckerfabrik" 2. Änderung für die Ortschaft Osterwieck -
Aufstellungsbeschluss**

Sachverhalt:

Die part AG, Hildesheimer Str. 2 in 37581 Bad Gandersheim als Vorhabenträger plant den Neubau eines Lebensmitteldiscounters sowie einen Fachmarkt samt zugehöriger gemeinsamer Stellplatzanlage.

Um Baurecht für das Vorhaben zu erhalten wird die Änderung der Art der baulichen Nutzung eines Teilbereichs des B-Plans „Ehemalige Zuckerfabrik“, 1. Änderung, an der Bahnhofstraße von Gewerbegebiet (GE) / eingeschränktes Gewerbegebiet (GEe) gem. §8 BauNVO zu einem Sondergebiet (SO) „Großflächiger Einzelhandel“ gem. §11 (3) BauNVO und die Festsetzung der Erschließungsstraße als öffentliche Verkehrsfläche südlich des Sondergebietes notwendig.

Für die verkehrliche sowie versorgungstechnische Erschließung soll ein Erschließungsvertrag mit dem Erschließungsträger „part AG“ geschlossen werden.

Als nächster Verfahrensschritt soll mit dem Antragssteller „part AG“ eine Planungsvereinbarung/ Städtebaulicher Vertrag und ein Erschließungsvertrag geschlossen werden.

Mit einem Planungsbüro soll ein Planungsvertrag zur Erstellung der Bauleitplanung geschlossen werden.

Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragssteller, die part AG.

Weiterhin wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 I BauGB sowie die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 I BauGB durchgeführt.

Finanzielle Auswirkungen der Vorlage

Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr

Ja

Nein

Veranschlagung im Finanzplan

Ja

Nein

Pflichtaufgaben

Freiwillige Aufgaben

Ergebnisplan

Finanzplan/ Investitionstätigkeit

Entscheidungsvorschlag:

1. Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes "Ehemalige Zuckerfabrik" 2. Änderung für die Ortschaft Osterwieck.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 19 III der Hauptsatzung der Stadt Osterwieck ortsüblich bekannt zu machen.
3. Zwischen dem Antragsteller, der part AG und der Stadt Osterwieck wird eine Planungsvereinbarung/ Städtebaulicher Vertrag, welcher die Planungsgrundlagen regelt, geschlossen.
4. Zwischen dem Antragsteller, der part AG und der Stadt Osterwieck wird ein Erschließungsvertrag geschlossen.
5. Zwischen dem Planungsbüro und der Stadt Osterwieck wird ein entsprechender Planungsvertrag geschlossen.
6. Es wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 I BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 I BauGB durchgeführt.

Wagenführ
Bürgermeisterin

Schönfeld
Fachbereichsleiter

3. Beschluss:

Dem Entscheidungsvorschlag wird

- zugestimmt
- nicht zugestimmt
- mit folgenden Änderungen/ Ergänzungen zugestimmt

Änderungen/ Ergänzungen:

.....
.....
.....
.....

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der
Mitglieder des Stadtrates:

29

davon anwesend:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA waren keine Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA haben folgende Mitglieder des Gemeinderates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:

.....
.....
.....
.....

Osterwieck, 11.06.2015

Wagenführ
Bürgermeisterin